



An den Grossen Rat

19.5431.02

BVD/P195431

Basel, 17. November 2021

Regierungsratsbeschluss vom 16. November 2021

Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend «Schaffung von Lebensmittelanbauflächen in den Quartieren»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 20. November 2019 den nachstehenden Anzug Jo Vergeat und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Unsere Ernährung ist ein zentrales Thema, vor allem, weil sie sich direkt auf Umwelt und Gesellschaft auswirkt. Gerade woher unser Essen kommt und wie es produziert wird gewinnt zunehmend an Brisanz. In der Schweiz fallen rund 30% des ökologischen Fussabdrucks und 17% unserer Treibhausgase auf die Herstellung und den Konsum von Lebensmittel zurück. Dieser Fakt wird besonders in städtischer Umgebung immer bekannter. So ist zu beobachten, dass ein zunehmender Teil der Bevölkerung wünscht, möglichst nah und nachhaltig produzierte Lebensmittel konsumieren zu können. Aufgrund dieses Trends sind viele Initiativen entstanden wie Urban Agriculture-Netzwerke oder diverse Initiativen und Projekte der «Essbaren Stadt». Obwohl das breite Angebot an Familiengärten, die Förderung diverser Initiativen und Projekten und den Absatz regionaler Produkte von Basel Stadt zu begrüßen ist, muss der niederschwellige Zugang und die Möglichkeit von Urban Gardening noch weiter ausgebaut werden. Gerade dieser niederschwellige Zugang würde es vielen Menschen ermöglichen, ohne grossen Privatgarten oder Balkon und ohne grosse Investitionen, ihr Interesse an Eigenanbau auszuleben. Wie stark das Verständnis für die Prozesse von Flora und Fauna wie auch der Ökosysteme durch Eigenanbau gefördert wird, ist durch das Feedback bestehender Projekte ersichtlich. Auch der gemeinschaftliche und integrative Aspekt ist nicht zu unterschätzen.

Einen interessanten Ansatz zum Ausbau der Anbauflächen auf kommunaler Ebene wählte Lancy, die einwohnermässig drittgrösste Gemeinde des Kantons Genf. Sie hat einen kommunalen Garten eingerichtet, in dem rund 700 Kilo Gemüse pro Jahr geerntet werden kann, das hauptsächlich in der Epicerie solidaire der Gemeinde Lancy für Personen in prekären Situationen angeboten wird (<http://www.lancv.ch/Drestations/eDicerie-solidaire>). Diese fortschrittliche Initiative soll in den Augen der Anzugstellerinnen und Anzugsteller als Anregung für Basel erhalten. Es soll pro Quartier ein Garten mit einer Fläche von mindestens 1000m² entstehen, wo durch Begleitung des Kantons Gemüse und Früchte produziert werden, welche unter anderem günstig an Bedürftige abgegeben werden. Davon sollen auch Institutionen und Initiativen wie «Tischlein-Deck dich» oder Gassenküchen profitieren können. Die Areale können in Parks, zugänglichen Hinterhöfen oder Familiengartenarealen entstehen. Die Gärten sollen für Freiwillige geöffnet werden, die in Ihrer Freizeit Gartenarbeit für die Gemeinschaft verrichten wollen. Es versteht sich von selbst, dass die Bewirtschaftung der Gartenareale unter biologischen Grundsätzen zu erfolgen hat.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und innerhalb von zwei Jahren zu berichten:

1. Welche Areale sich im Kanton Basel-Stadt anbieten, um pro Quartier einen kommunalen Garten von mindestens 1000 m² für die Lebensmittelproduktion unter der Anleitung der Stadtgärtnerei zu schaffen.
2. Ob auch Dachflächen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen

3. Wie diese Gartenareale bewirtschaftet werden können unter Einbezug von Freiwilligen.
4. Wie die dort produzierten Lebensmittel an Bedürftige kostengünstig abgegeben werden können. Hierfür können auch Partnerschaften mit sozialen Institutionen eingegangen werden.

Jo Vergeat, Lea Steinle, Tonja Zürcher, Edibe Gölgeli, Alexandra Dill, Sasha Mazzotti, Esther Keller, Thomas Widmer-Huber»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Gute Versorgungssicherheit

Das städtische Gärtnern hat in jüngerer Zeit weltweit an Bedeutung gewonnen, da immer mehr Menschen in urbanen Räumen leben, wo sie von der Landwirtschaft getrennt sind. Deshalb und weil die Verantwortung für lokale Nahrungsmittelherstellung und ortsnahe Konsum zunehmen, wird die landwirtschaftliche Produktion ins städtische Umfeld transferiert. Es gibt also das Bedürfnis, die eigene Ernährung sprichwörtlich in die eigene Hand zu nehmen und damit das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu stärken, einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlagen zu leisten und damit eigenverantwortlich zu handeln.

Die Bevölkerung von Basel pflegt die Beziehung zur städtischen und stadtnahen Landwirtschaft seit Generationen, denn schon immer versorgten Bäuerinnen und Bauern aus dem Markgräfler Land, dem Elsass und dem Baselbiet die Stadt mit ihren Produkten. Auch die acht Landwirtschaftsbetriebe auf Kantonsgebiet leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Lebensmittelversorgung und bieten den Besucherinnen und Besuchern Begegnungsmöglichkeiten wie Direktverkauf, Reitstunden und Selbstpflück-Blumenfeld an:

<https://www.aue.bs.ch/landwirtschaft/betriebe-basel-stadt.html>

Bei den städtischen Anbauflächen sind die über 5'000 Freizeitgärten hervorzuheben, da diese Flächen zum Zweck insbesondere der Gemüseproduktion eingerichtet und mit der nötigen Infrastruktur versehen sind.

2. Rahmenbedingungen des Urban Gardening in Basel

Mit der Unterzeichnung des «Milan Urban Food Policy Pact» und der Umsetzung im Rahmen des Massnahmenpakets nachhaltige Ernährung Basel-Stadt 2018-2021¹ engagiert sich der Kanton Basel-Stadt für ein nachhaltiges lokales Ernährungssystem. Das Ernährungssystem wird dabei als Gesamtheit von Produktion, Verarbeitung, Transport, Handel, Konsum und Entsorgung von Lebensmitteln verstanden. Der «Milan Urban Food Policy Pact» zielt insbesondere auf die zuverlässige, gesunde, vielfältige und finanziell tragbare Lebensmittelversorgung für die ganze Bevölkerung, die Bewahrung der Biodiversität sowie die Anpassung an den Klimawandel respektive die Minderung desselben. Mit dem Massnahmenpaket nachhaltige Ernährung 2018-2021 stiess der Regierungsrat im Rahmen des «Milan Urban Food Policy Pact» wirkungsvolle Massnahmen zur Stärkung eines nachhaltigen Ernährungssystems in Basel-Stadt an. Diese Impulse werden mit der auszuarbeitenden Strategie Nachhaltige Ernährung Basel-Stadt 2030 weitergeführt.

- Bezogen auf die Gartenflächen bedeutet dies, dass im Rahmen der Freizeitgartenstrategie bestehende Flächen umgewidmet, jedoch keine weiteren hinzugewonnen werden können. Ein Beispiel ist das Areal Milchsuppe, auf dem nach dem Rückbau von Standardparzellen (je 200qm) Flächen für Gemeinschaftsgärten entstehen.
- Die Abteilung Freizeitgärten hat im Jahr 2019 aus bestehenden Ressourcen der Kompostberatung eine neue Gartenberatung eingerichtet und ist inzwischen fachlich breit aufgestellt.

¹ www.entwicklung.bs.ch/ernaehrung

Die kostenlosen Dienstleistungen, die Beratung und Material einschliessen, werden von Privatpersonen, Pächterinnen und Pächtern von Freizeitgärten, Schulen, Kindergärten und Vereinen (u.a. Urban Agriculture Basel) immer stärker nachgefragt. Gründe für dieses stark wachsende Interesse sind die oben skizzierte gesellschaftliche Entwicklung und Einschränkungen durch die Pandemie. Darüber hinaus wird die Bevölkerung durch Engagements des Kantons sensibilisiert und spricht darauf an, beispielsweise auf den «Milan Urban Food Policy Pact» und das Label «Grünstadt Basel».

- Die Gartenberatung vermittelt sowohl Grundkenntnisse (Kompostieren, Mischkulturen etc.) als auch komplexe und neue Themen. Ein Beispiel sind die Neobiota, also Tier- oder Pflanzenarten, die bei uns eigentlich nicht heimisch sind und absichtlich eingeführt oder versehentlich eingeschleppt worden sind. Neben den invasiven Neophyten ist in den letzten Jahren die Tigermücke zugewandert und breitet sich in Basel aus. Auch komplexe Themen rund um Klimaschutz, Biodiversitätssicherung und sparsamem Umgang mit Wasser werden einem vielsprachigen Publikum vermittelt. Allein in den Freizeitgärten gärtnern 63 Nationen, wobei biologischer Landbau inzwischen zwar mehr nachgefragt, aber noch keineswegs selbstverständlich ist.

Neben den kantonalen Angeboten an Flächen (Freizeitgärten) und Beratung bietet auch der Verein Urban Agriculture Basel eine breite Angebotspalette, damit sich Privatpersonen ohne eigene Garten engagieren können. Die Projekte Balkontomaten, Stadtpilze in Kellern und Bienenhaltung auf Dächern veranschaulichen, wie überbaute Flächen kreativ für *urban agriculture* genutzt werden können.

3. Deckung der wachsenden Nachfrage auf bestehenden Flächen

Weil es in der Stadt nur wenige geeignete Anbauflächen gibt, werden auch an für Pflanzenbau ungeeigneten Orten und mit sehr improvisierter Pflanzinfrastruktur Lebensmittel erzeugt. Die Erfolge lassen sich anfänglich durchaus sehen. Die Anbaumethoden sind jedoch oft nicht auf Langfristigkeit und damit ohne signifikanten Beitrag zur Selbstversorgung angelegt. Andernorts wurden Gemeinschaftsgärten wie der Gemeinschaftsgarten Landhof angelegt.

Das seit über 100 Jahren existierende Modell der Freizeitgärten beruht auf der damaligen Grundlage, dass eine kleine Gemeinschaft in Familiengrösse auf einer Fläche von 200 qm nahezu eine Selbstversorgung insbesondere mit Gemüse erreichen kann, ohne dabei die Fruchtbarkeit des Bodens zu schmälern. Die Nachfrage nach Freizeitgärten hat sich während der Covid-19-Pandemie verdoppelt. Stand September 2021 warten 1'700 Interessierte auf die Zuteilung eines Freizeitgartens.

Dieser enorm gestiegenen Nachfrage steht die Tatsache entgegen, dass in den vergangenen Jahren immer wieder Freizeitgartenparzellen zugunsten der Stadtverdichtung überbaut worden sind, beispielsweise 30 Parzellen im Jahr 2019 am Hörnli und 100 Parzellen im Jahr 2020 im Rahmen der Auflösung des Dreispitzareals. Jedoch ist die Stadtgärtnerei, die für die Verpachtung und Weitergabe der Parzellen an Pächterinnen und Pächter verantwortlich ist, zunehmend damit konfrontiert, dass viele Personen die Verantwortung für den ihnen anvertrauten Boden nur ungenügend wahrnehmen. Auch steht Lebensmittelanbau in Freizeitgärten heute nicht mehr an erster Stelle, so wie einst in der Gründerzeit.

Ein Teil der Gärten ist in der 100-jährigen Geschichte heruntergewirtschaftet worden und dringend sanierungsbedürftig. Viele Parzellen werden in unverpachtbarem Zustand zurückgegeben, denn Betonflächen, morsche Gartenhäuschen (teils mit Asbestdächern), Sperrmüll, Bodenbedeckung mit invasiven Neophyten oder hartnäckigen heimischen Kräutern sind an Neupächterinnen und -pächter verständlicherweise schwer zu vermitteln. Zu beachten ist ausserdem, dass für viele

Nutzende im hektischen Alltag die Pflege einer Standardparzelle (200qm) inzwischen zu arbeitsintensiv ist. Die Hälfte der Kündigungen von Freizeitgärten ist unter anderem auf Zeitmangel und Überforderung zurückzuführen.

Die grosse Herausforderung der weiter wachsenden Stadt Basel mit zahlreichen Flächenansprüchen ist in den nächsten Jahren somit weniger eine quantitative Ausweitung als vielmehr die qualitative Sanierung und Aufwertung bestehender Freizeitgartenanlagen.

Im Rahmen der Freizeitgartenstrategie sollen verwahrloste Bereiche teilsaniert und Gemeinschaftsgärten mit Obstbaupatenschaften angeboten werden, um gleichzeitig einer grösseren Personenzahl das Gärtnern auf einer Fläche zu ermöglichen, die überschaubar ist und die entspannt bewirtschaftet werden kann.

Grundvoraussetzung dafür sind Kündigungen und Sanierungen von verwahrlosten und kaum benutzten Parzellen (z.B. Messigärten) oder von ganzen Bereichen. Einige Freizeitgärten werden auch durch vor Jahren bewilligte Mehrfachpachten (eine Person hat mehr als eine Parzelle gepachtet) blockiert und können nicht unmittelbar an neue Pächterinnen und Pächter weitergegeben werden.

Das Freizeitgartenwesen muss unter Miteinbezug der Pächterinnen und Pächter in punkto Klimawandel, Biodiversität, Neobiota, Trockenheit und Starkregen sowie neu betreffend Selbstversorgung neu ausgerichtet werden, was nur mit einem gesellschaftlichen Wandel und mit dem Einsatz von genügend geschultem Personal einhergehen kann.

4. Neue Möglichkeiten in Neubaugebieten schaffen

In der Stadt Basel ist es ausserordentlich schwierig, weitere geeignete Flächen für den Lebensmittelanbau (Gemüse, Kräuter, Beeren, Obst) bereitzustellen. Denn die vorhandenen Grünflächen sind mit multiplen Nutzungsansprüchen überlagert, sind verkehrsbedingten Schadstoffeinträgen ausgesetzt, eignen sich von der Bodenqualität nicht oder sind derart beschattet oder ungünstigen Umwelteinflüssen ausgesetzt, dass keine erfolgsversprechende Produktion möglich ist. Der Kanton sichert, wenn immer möglich, bestehende Freizeitgartenareale, sucht im Fall von Rückbau alternative Flächen und nutzt neue geeignete Grünflächen um. Bei der Entwicklung neuer Stadtteile können Gemeinschaftsgärten umgesetzt werden, sofern sich dafür geeignete Flächen und engagierte Betreibergruppen finden. Zurzeit werden im Gebiet Milchsuppe im Nachgang zur Überbauung an der Burgfelderstrasse neue Gemeinschaftsgärten gebaut. Dieses Projekt könnte als Prototyp und Anschauungsbeispiel für weitere Gemeinschaftsgärten dienen.

5. Zu den einzelnen Fragen:

- 1. Welche Areale sich im Kanton Basel-Stadt anbieten, um pro Quartier einen kommunalen Garten von mindestens 1000 m² für die Lebensmittelproduktion unter der Anleitung der Stadtgärtnerei zu schaffen.*

Zurzeit entsteht im Gebiet Milchsuppe an der Burgfelderstrasse ein Gebiet mit mehreren Gärten, das in der Summe die Funktion eines Quartiergartens übernehmen kann. Für den Betrieb der Gärten wird es eine öffentliche Informationsveranstaltung und Ausschreibung geben. Wie bereits skizziert ist es in der Stadt Basel schwierig, weitere für den Lebensmittelanbau geeignete Flächen bereitzustellen. Denn die vorhandenen Grünflächen werden bereits rege genutzt, sind verkehrsbedingten Schadstoffeinträgen ausgesetzt, haben eine schlechte Bodenqualität oder sind zu sehr beschattet. Vielmehr soll dank der neuen Freizeitgartenstrategie einer grösseren Anzahl Personen ermöglicht werden, die heute zur Verfügung stehenden Flächen zu nutzen.

2. *Ob auch Dachflächen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen.*

Dächer können sich als Flächen zur Produktion von Lebensmitteln eignen, sofern sie mit den nötigen baulichen Sicherheitsmassnahmen ausgestattet werden. Die Bewirtschaftung ist jedoch deutlich arbeitsintensiver und anspruchsvoller als der ebenerdige Anbau. Zudem steht sie in Konkurrenz zu anderen Nutzungen der Dächer, wie beispielsweise die Dachbegrünung zur Förderung der Biodiversität oder Solaranlagen zur Energiegewinnung. Der Regierungsrat wird bei konkreten Arealentwicklungen, wie zum Beispiel im Dreispitz Nord, Möglichkeiten prüfen, um öffentliche Pflanzgärten auf Dächern zu schaffen. Er wird dazu die konkurrenzierenden Nutzungen priorisieren müssen.

3. *Wie diese Gartenareale bewirtschaftet werden können unter Einbezug von Freiwilligen.*

Die Stadtgärtnerei prüft derzeit Möglichkeiten für Freiwilligenarbeit bei der Pflege des öffentlichen Grüns. Dabei stehen Modelle im Vordergrund, wie sie aus dem angelsächsischen Raum bekannt und bei den Merian Gärten längst eingeführt sind: <https://www.xn--meriangrten-r8a.ch/de/portrait/beitragen/mitmachen.html>.

Ebenfalls könnte die Sozialhilfe über ihr bestehendes Angebot für Freiwillige («Stadthelfer-Programm») versuchen, Klientinnen und Klienten zur Mitarbeit zu motivieren. Im Naturschutzbereich bestehen heute schon Einsatzmöglichkeiten; somit wäre dies – unter professioneller Anleitung – auch im Bereich Gartenarbeit möglich.

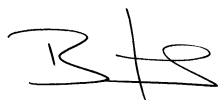
4. *Wie die dort produzierten Lebensmittel an Bedürftige kostengünstig abgegeben werden können. Hierfür können auch Partnerschaften mit sozialen Institutionen eingegangen werden.*

Bei ausreichend produzierten Mengen an Lebensmitteln könnte eine Abgabe über die bereits bestehenden Kanäle privater Organisationen (wie Tischlein-deck-Dich, Caritas-Läden) erfolgen. Eine Verteilung der produzierten Lebensmittel über die Sozialhilfe ist hingegen nicht angezeigt und auch nicht sachgemäss, weil die Bezügerinnen und Bezüger finanziell unterstützt werden und keine Sachleistungen erhalten.

6. **Antrag**

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend «Schaffung von Lebensmittelanbauflächen in den Quartieren» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin